

Niederschrift

der XI/3. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 18. Dezember 2025
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:18 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 18:40 - 18:50 Uhr während TOP 2 ö. T.
Sitzungsort: Kleiner Saal im 1. OG der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Johannes Trippe

Stadtvertreter

Dietmar Albers

Matthias Albers

Guido Altenhoff

Michael Berg

Hans-Georg Bette

Dirk Biecker

Ralf Blümer

Dr. Thorsten Conze

Martin Dornseifer

Michael Eiloff

Mathias Geißler

Annette Gerbe

Daniel Gierse

Alexander Gödeke

Theresa Gomes

Claus Guntermann

Marco Guntermann

Johannes Hardebusch

Johanna Hellermann

Christian Hömberg

Jürgen Meyer

Johannes Müller

Martin Peters

Joseph Plett

Michael Rörig

Claudia Schauerte

Bernd Schrewe

Rafael Schröder

Andreas Schulte

Dr. Matthias Schütte

Dr. Martin Steppeler

Stefan Vollmer

Friedrich Freiherr von Weichs
 Dietmar Weber
 Stefan Wiese
 Jens Winkelmann
 Kerstin Wunderlich

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
 Beigeordneter Andreas Plett
 Stadtverwaltungsrätin Ellen Radmacher

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlt

Judith Schulte

Bürgermeister Trippe eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist in der Einladung aufgeführt. Änderungsanträge liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
2. Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2026 und Beschluss a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2026-2029 c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2026	XI/35
3. Anerkennung des Ortes Bödefeld als Erholungsort	XI/27
4. Richtlinie zur Förderung der ärztlichen Versorgung im Stadtgebiet Schmallenberg	XI/36
5. Antragsstellung zum Förderprogramm des Bundes "Sanierung kommunaler Sportstätten"	XI/33
6. Ausbuchung der Bilanzierungshilfen nach § 6 NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz (NKF-CUIG)	XI/34
7. Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Zusammenarbeit mit der Gemeinde Eslohe auf dem Gebiet der Wasserversorgung	XI/39
8. Durchführung und Planung eines Kreisverkehrs in Bad Fredeburg (B 511 Abzweig K 30/Leißestraße) - Antrag der BFS-Ratsfraktion	XI/43

- | | | |
|-----|---|-------|
| 9. | Verbesserung der städtischen Einnahmen; Beteiligung an Wind-energieanlagen
- Antrag der Ratsfraktion B'90/Die Grünen | XI/46 |
| 10. | Verschiedenes | |

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

- | | | |
|----|--|-------|
| 1. | Personalangelegenheit
- Berücksichtigung ruhegehaltstfähiger Dienstzeiten eines Beamten | XI/26 |
| 2. | Verschiedenes | |

A. ÖFFENTLICHER TEIL
TOP 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

TOP 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2026 und Beschluss
a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026
b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2026-2029
c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2026 **XI/35**

Bürgermeister Trippe führt aus, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit seinen Bestandteilen und Anlagen für das Haushaltsjahr 2026 von der Verwaltung am 20.11.2025 in den Rat eingebracht worden sei. Der Entwurf des Haushaltes sei am 25. November öffentlich bekannt gemacht worden und habe im Anschluss bis zum gestrigen Tag zur Einsichtnahme öffentlich im Rathaus ausgelegen. Einwendungen von Abgabepflichtigen seien nicht vorgebracht worden. Mit Vorlage XI/35 sowie weiteren im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragenen Änderungen sei der Entwurf der Haushaltssatzung der aktuellen Entwicklung angepasst worden. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließe der Entwurf des Haushaltsplanes 2025 im Ergebnisplan mit einer Unterdeckung in Höhe von 6.195.000 €. Der Haushaltsentwurf sei durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgeglichen. Die für 2025 geplante Investitionssumme betrage rd. 23,5 Mio. €.

Mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes sei seitens der Verwaltung vorgeschlagen worden, die Steuersätze für die Grundsteuern sowie für die Gewerbesteuer unverändert zum Jahr 2025 fortzuführen.

Herr Dicke informiert über zu erwartende Kostensteigerungen bei der Erneuerung der Latroper Straße in Fleckenberg. Durchgeführte Bodenuntersuchungen und ein geologisches Bodengutachten kommen zu dem Ergebnis, dass aufgrund eines nicht standfesten Bodens eine tiefere Auskofferung der Straße erforderlich werde. Hinzu komme eine Verlängerung des Kanalbaus, das zusätzliche Anlegen einer Rinne und die Fortsetzung der Wasserleitung bis zum Wasserwerk. Er teilt mit, dass mit Mehrkosten von 890.000 € gerechnet werde. Die Haushaltsmittel dafür sollen entsprechend der Bauzeit in den Jahren 2026 und 2027 in diesen Haushaltsjahren nachveranschlagt werden.

Herr Plett ergänzt, dass 140.000 € für die Wasserleitung bei Maßnahme 530101.559 in 2026 und für den Straßenbau 750.000 € bei Maßnahme 540101.623, davon 500.000 € in 2026 und 250.000 € in 2027, veranschlagt werden sollen. Er erläutert weiter, dass die Mehrkosten für den Straßenbau zu 60 % über das Beitragserstattungsprogramm des Landes refinanziert

werden. Die Einzahlung in Höhe von rd. 440.000 € werde in 2027 erwartet. Er verdeutlicht, dass es heute erst einmal nur um die Bildung von Haushaltsansätzen gehe, um im nächsten Jahr handlungsfähig zu sein. Zu gegebener Zeit werde dem Ausschuss für Technik und Umwelt ein Bauprogramm vorgelegt.

Im Anschluss an die einleitenden Worte von Bürgermeister Trippe zu den Ausführungen von Herrn Dicke und Herrn Plett tragen die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von CDU, UWG, BFS, SPD und B'90/Die Grünen, ihre Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf 2026 vor.

Zunächst trägt Herr Winkelmann für die CDU-Fraktion die Haushaltsrede vor, anschließend Herr Wiese für die UWG-Fraktion, Herr Altenhoff für die BFS-Fraktion, Herr Vollmer für die SPD-Fraktion und abschließend Herr Meyer für die B'90/Die Grünen-Fraktion.

Die Redemanuskripte sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 - 5 beigelegt. Die vorgetragenen Worte können im Einzelnen davon abweichen.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsplanberatungen werden dann die eingegangenen und zum Teil der Vorlage XI/35 beigelegten Änderungsanträge der Fraktionen in der Reihenfolge der Produkte zur Diskussion und Abstimmung gestellt.

- **Produkt 36.02.01 Allgemeine Förderung von Kindern und Jugendlichen**
Antrag CDU-Fraktion
Erweiterung des Stellenplans um eine halbe Stelle im Jugendamt zur Fortsetzung des Jugendbeteiligungsprojektes

Herr Winkelmann begründet den Antrag. Er führt aus, dass die Stadt mit guten Projekten zur Jugendbeteiligung gestartet sei. Die Landesförderung der die Jugendbeteiligung begleitenden halben Stelle und damit die Stelle selbst sei bis Jahresende 2025 befristet. Die CDU-Fraktion beantrage, die Stelle darüber hinaus zu verlängern, um die Kontinuität der Jugendbeteiligung zu gewährleisten und den begonnenen Projekten weitere Chancen zu geben.

Herr Plett informiert, dass die Stadt für Jugendbeteiligungsprojekte in diesem Jahr eine 80 %ige Förderung des Landes bekommen habe. Die Verwaltung habe beim Landesjugendamt nachgefragt, ob die Möglichkeit der Bewilligung einer Ergänzungsförderung bestehe. Dort sei man von dem Projekt sehr begeistert gewesen. Man sehe gute Chancen für eine Ergänzungsförderung, begrenzt auf ein Jahr, so dass die Verwaltung nun einen ergänzenden Förderantrag stellen wolle. Wenn es gut laufe, werde wieder eine 80 %ige Förderung für ein Jahr bewilligt.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 um eine halbe Stelle im Jugendamt für Jugendbeteiligung zu ergänzen.

- **Produkt 54.01.01 Straßen, Brücken und Plätze**
Antrag CDU-Fraktion
Änderungen bei der Durchführung geplanter Straßenbaumaßnahmen
 1. Tausch von Straßenerneuerungsmaßnahmen in Bad Fredeburg "Waldstraße" (bislang 2029) gegen "Auf der Burg" (2027) und "Oberer Hügel" (2028)
 2. Erweiterung des Titels der Maßnahme "Planungsansatz Kirchplatz Bad Fredeburg" um "Im Ohle"
 3. Änderung von Straßenerneuerungsmaßnahmen in Gleidorf: Statt "Alter Polizeiweg" (Planung 2029) neu: "Rudolfshöhe"

Die Stadtvertretung beschließt bei 2 Enthaltungen einstimmig die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Tausch, die Erweiterung und Änderung von Straßenerneuerungsmaßnahmen wie im Antrag der CDU-Fraktion beschrieben.

- **Produkt 54.01.01 Straßen, Brücken und Plätze**

- Produkt 53.01.01 Wasserversorgung**

- Antrag UWG-Fraktion**

- Änderung von Investitionsmaßnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung**

- 1. Verschiebung der Maßnahmen Erneuerung "Breslauer Straße" und Erneuerung Wasserleitung "Breslauer Straße" vom Haushaltsjahr 2027 in das Haushaltsjahr 2028 oder ggf. 2029 aufgrund der in 2027 geplanten Erschließung des Baugebietes "Altes Feld III"**

Herr Weber erläutert den Antrag der UWG-Fraktion. Er führt aus, dass in 2027 das Baugebiet "Altes Feld III" erschlossen, der Endausbau des Baugebiets "Altes Feld II" erfolgen sowie die "Breslauer Straße" erneuert werden solle. Von der Abwicklung her würde es problematisch werden, wenn alle drei Maßnahmen in einem Jahr durchgeführt werden. Deshalb beantrage die UWG-Fraktion die Verschiebung in das Haushaltsjahr 2028, ggf. 2029. Außerdem bestehe das Problem, dass die Straße "Klein Jerusalem" nicht höhengleich sei und die Zufahrt nur über die mit Bordsteinen eingefassten Gehwege der "Breslauer Straße" möglich sei. Er spricht sich dafür aus, für die höhengleiche Anpassung Haushaltsmittel bereitzustellen.

Herr Dicke bittet, die Veranschlagung der Haushaltsmittel so zu lassen wie im Haushaltsplanentwurf vorgeschlagen. Der Gedanke, der hinter der vorgeschlagenen Veranschlagung stecke, sei, dass vorgesehen sei, die Baumaßnahmen "Altes Feld II" und "Breslauer Straße" gemeinsam auszuschreiben, da sie zusammen eine gemeinsame Straße haben. Und die Verwaltung hoffe, dass durch die gemeinsame Ausschreibung Synergieeffekte entstehen. In diesem Zuge sollen auch die Einmündungsbereiche der Straßen "Klein Jerusalem" bearbeitet und die Gehwege abgesenkt werden. Die Erschließung des Baugebiets "Altes Feld III" plane die Verwaltung über die Zufahrt B 236/Kreisverkehr und dann über die Straße "Im alten Felde".

Herr Trippe schlägt vor, im Haushalt 2027 einen Planungsansatz für die Straße "Klein Jerusalem" für 2030 aufzunehmen und fragt, ob sich die UWG-Fraktion dem anschließen könne oder ob über den Fraktionsantrag abgestimmt werden soll.

Herr Weber erklärt, wenn das so klappe, wie von Herrn Dicke vorgetragen, würde die UWG-Fraktion dem zustimmen. Die Lösung höre sich passabel an.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, für den Haushalt 2027 einen Planungsansatz für die Erneuerung der Straße "Klein Jerusalem" für 2030 aufzunehmen.

- **Haushaltsstrukturkonzept**

- Antrag CDU-Fraktion**

- Beschlussfassung des Rates mit Auftrag an die Verwaltung zur Vorbereitung der Grundlagen für ein Haushaltsstrukturkonzept durch die Verwaltung für die Beratung des Rates im II. Quartal 2026**

Hierzu trägt Herr Trippe vor, dass die Beschlussfassung über ein Haushaltsstrukturkonzept im weiteren Verlauf der Sitzung nach der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung als Ergänzung zum Haushaltsplan 2026 vorgesehen sei.

Einwände gegen dieses Verfahren werden nicht erhoben.

Weitere Anträge zum Haushalt 2026 und Wortmeldungen liegen nicht vor.

An dieser Stelle wird die Sitzung von 18:40 bis 18:50 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung trägt Kämmerer Plett den Beschlussvorschlag für die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026, für den Ergebnis- und Finanzplan für die Jahre

2027 bis 2029 und für den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 vor, der sodann von Bürgermeister Trippe zur Abstimmung gestellt wird.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

a) Haushaltssatzung der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung beschließt der Rat folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der **Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026**, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Kommune voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	84.686.700,00 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	90.881.700,00 €
im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	77.148.500,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	82.032.100,00 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	21.719.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	24.090.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.100.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	800.000,00 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf **5.000.000 €** festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, die zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich sind, wird auf **14.250.000,00 €** festgesetzt.

§ 4

Die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf **6.195.000,00 €** festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **4.000.000,00 €** festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2026 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 130 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) <u>einheitlich</u> auf | 530 v.H. |
| 2. Gewerbsteuer auf | 420 v.H. |

§ 7

(Wiederherstellung Haushaltsausgleich) – entfällt

b) Beschluss des Ergebnis- und Finanzplans für die Jahre 2027 - 2029

Die Stadtvertretung beschließt den **Ergebnisplan für die Jahre 2027 - 2029** mit einem Saldo von

- 6.030.000 € für 2027, - 6.190.000 € für 2028 und - 7.070.000 € für 2029

und den **Finanzplan für die Jahre 2027 - 2029** mit einem Saldo von

- 5.265.600 € für 2027, - 3.876.800 € für 2028 und - 188.900 € für 2029

c) Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2026

Die Stadtvertretung beschließt den Stellenplan 2026 in der mit dem Entwurf vorgelegten Fassung und der Ergänzung einer ½ Vz-Stelle im Produkt 36.02.01 Allgemeine Förderung von Kindern und Jugendlichen.

d) Die Stadtvertretung fasst ergänzend zum Haushaltsplan 2026 folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Haushaltsstrukturkonzeptes beauftragt, das dem Rat im II. Quartal 2026 zur Beratung vorgelegt werden soll.

TOP 3 Anerkennung des Ortes Bödefeld als Erholungsort

XI/27

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Gierse begrüßt das Vorhaben. Er führt aus, dass durch die letzten Aktivitäten in den Bereichen Wanderwege, BikePark und das Skigebiet Hunau attraktive Bedingungen in Bödefeld geschaffen worden seien. Das Prädikat "Erholungsort" biete neue Möglichkeiten und ermögliche dem Verkehrsverein die verpflichtende Ausgabe der Gästekarte, da die Beherbergungsbetriebe anstelle der freiwilligen Kurtaxe dann den pflichtigen Kurbeitrag einzuziehen haben. Mit der Rückvergütung eines Teils des Kurbeitrags an den Verkehrsverein können neue touristische Angebote entwickelt werden. Deshalb werbe er um Unterstützung für die Anerkennung Bödefelds als Erholungsort.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung stimmt der Anerkennung des Ortes Bödefeld als Erholungsort zu und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

- Weiterhin soll auf den absehbaren Umbau der Kreuzung zu einem Kreisverkehr hingewirkt werden.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, einen geeigneten Vertreter des Straßenbaulastträgers zu einer der nächsten Ratssitzungen einzuladen, um dort Stellung zu den Einschätzungen und Planungen seitens Straßen.NRW zu nehmen.

TOP 9 Verbesserung der städtischen Einnahmen; Beteiligung an Windenergieanlagen
- Antrag der Ratsfraktion B'90/Die Grünen **XI/46**

Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion liegt der Vorlage X/46 bei.

Herr Trippe informiert, dass eben während der Haushaltsreden ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion eingereicht worden und der Verwaltung und den Fraktionen zugegangen sei. Er formuliert die Bitte, Anträge mit Blick auf eine vernünftige Sitzungsvorbereitung künftig frühzeitiger einzureichen. Der Antrag der SPD-Fraktion, der dieser Niederschrift als Anlage 6 beigefügt ist, passe thematisch zu dem Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion und er schlage vor, beide Anträge gemeinsam an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Herr Wiese regt an, den Ausschuss für Technik und Umwelt mit einzubeziehen. Dem schließt sich Herr M. Albers an.

Herr Winkelmann stimmt dem zu und erklärt, dass das Thema Erneuerbare Energien insgesamt die Politik Anfang nächsten Jahres beschäftigen werde.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion und der Antrag der SPD-Fraktion werden in die Fraktionen und zur weiteren Bearbeitung an den Haupt- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Technik und Umwelt verwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Angelegenheit für das weitere Beratungsverfahren inhaltlich aufzuarbeiten.

TOP 10 Verschiedenes

TOP 10.1 Versand der Schmallenberger Familienkarte

Herr Plett informiert, dass es kürzlich beim Versand der Schmallenberger Familienkarte und des Coupon-Heftes für das Jahr 2026 durch den beauftragten Versanddienstleister zu einem technischen Problem gekommen sei. Mit dem Druck und Versand sei eine Druckerei beauftragt worden. Die Recherche habe ergeben, dass beim Versand der Umschläge diese im Postverteilzentrum seitlich aufgeschlitzt worden seien. Einige seien schon nachgesandt worden. Die Verwaltung prüfe derzeit, welche Empfänger noch keine Familienkarte und/oder kein Coupon-Heft erhalten haben und werde dafür sorgen, dass alle Berechtigten die Karte und die Coupons erhalten. Des weiteren werde zur Information der Familien eine Pressemitteilung vorbereitet. Die Verwaltung nehme dies zum Anlass, darüber nachzudenken, künftig ggf. eine digitale Lösung zu wählen.